

Liberal, bürgerlich, konstruktiv, reformorientiert

Bilanz der FDP-Liberale Fraktion zur Mitte der Legislatur 2011–2015

1. Liberalen Erfolgsweg verteidigen – auch in einem schwierigen Umfeld

Liberaler Werte sind das Fundament der Schweiz und die Richtschnur der Legislaturziele der FDP-Liberale Fraktion. Wir kämpfen für einen schlanken und in seinen Kernaufgaben starken Staat. Wir kämpfen für eine liberale Wirtschaftspolitik und damit für Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und nachhaltig arbeiten. Wir kämpfen für gezielte Reformen, damit der Rentenkrise und eine Schuldenkrise verhindert werden können. Wir kämpfen für eine Chancengesellschaft, in der sich Leistung lohnt. Wir kämpfen für eine wirtschaftlich offene und starke Schweiz.

Die Arbeit als liberale Kraft rechts der Mitte ist in dieser Legislatur nicht einfacher geworden. Die FDP-Fraktion verliert heute im Parlament leicht mehr Abstimmungen als früher. Die bürgerliche Zusammenarbeit im Parlament hat schon besser funktioniert. Der Koordinationsaufwand, um für bürgerliche Anliegen eine Mehrheit zu gewinnen, hat im Vergleich zur letzten Legislatur deutlich zugenommen.

Ein besonders negatives Beispiel der erschwerten Zusammenarbeit ist der Scherbenhaufen bei der IV-Revision: Die Mitteparteien CVP und GLP haben mitgeholfen, bei der IV-Revision das Sparvolumen auf ein Nichts zusammen zu streichen, obwohl dieses Sozialwerk ein Schuldenloch von 15 Milliarden Franken aufweist. Mit dem Resultat, dass die Vorlage anschliessend von SVP und SP aus unterschiedlichen Motiven ganz versenkt wurde. Die FDP-Liberale Fraktion hat bereits eine Motion eingereicht, welche die Wiederaufnahme der Reform verlangt (13.3641). Es ist zu hoffen, dass wir bei der Reform der Altersvorsorge nicht ähnliches erleben, denn bei der AHV droht bis 2030 ein Loch von jährlich 9 Milliarden und bei der zweiten Säule werden bereits heute jedes Jahr systemfremd 3.5 Milliarden von den Jungen zu den Rentnern umverteilt.

Auch das angesichts der Zahlen für den Bundeshaushalt dringend nötige Sparpaket bleibt wegen Maximalforderungen blockiert. Für die Linken wird zu viel gespart, für die SVP zu wenig. Statt das Sparpaket als ersten Schritt in die richtige Richtung zu begrüssen, schüttet die SVP mit einem Nein dazu lieber gerade das Kind mit dem Bade aus. Durch diese kompromisslose Haltung wird das Sparpaket nun auf die lange Bank geschoben, obwohl schon in naher Zukunft strukturelle Defizite für den Bundeshaushalt in Milliardenhöhe drohen.

2. Es braucht eine starke liberale Kraft im Parlament

Die FDP stellt sich als liberales Original auch in einem schwierigen Umfeld gegen extreme Vorschläge und bietet Hand für echte Lösungen, die zum Erfolg und zur Stabilität unserer Volkswirtschaft beitragen sowie unser Land und seine Unternehmen im internationalen Kontext vorwärts bringen.

- › Im Asylbereich hat die FDP erfolgreich seit langem geforderte zielgerichtete Verbesserungen für eine harte, aber faire Asylpolitik einbringen können. So nahm (und nimmt noch) die Teilrevision des

Asylgesetzes wichtige Forderungen der FDP auf.¹ Unser Ziel ist die konsequente Bekämpfung von Missbräuchen und das Ausmerzen von Fehlanreizen, bei gleichzeitiger Bewahrung der humanitären Tradition der Schweiz. Das Asylchaos mit jahrelang dauernden Verfahren muss ein Ende haben. Mit den am 9. Juni 2013 vom Volk abgesehenen dringlichen Änderungen des Asylgesetzes wurden kurzfristig mögliche Massnahmen zur Beschleunigung und Vereinfachung der Asylverfahren beschlossen. Diese sind nun in ordentliches Recht zu überführen. Die im Dezember 2012 vom Parlament beschlossenen Verschärfungen verbessern das System ebenfalls wesentlich: die Reduktion der finanziellen Unterstützung für Asylsuchende, Unterstützung vor allem in Form von Naturalien statt durch Bargeld, Möglichkeit der Kürzung der Unterstützung für renitente Asylsuchende etc. Damit wird die Attraktivität unseres Asylsystems für Personen ohne wirklichen Asylgrund gemindert, die Bedürfnisse echter Asylsuchender werden respektiert. Solche Massnahmen hat die FDP bereits mit ihrem Asylmassnahmenpaket 2011 gefordert.² Die noch offene Baustelle im Asylbereich ist die Vereinfachung und Verkürzung der zu lange dauernden Verfahren. Hier wird sich die FDP-Liberale Fraktion weiter engagieren.

- › Bei der Revision des Bürgerrechtsgesetzes hat sich die FDP-Liberale Fraktion im Nationalrat mit ihrer Linie für ein hartes aber faires Einbürgerungsgesetz durchgesetzt: Nur erfolgreich in die Schweiz integrierte Personen sollen eingebürgert werden können. Beim Entscheid darüber müssen jedoch für alle dieselben fairen Kriterien und Verfahren gelten. Die FDP-Liberale Fraktion wird sich in der Differenzenbereinigung dafür einsetzen, dass sich die harte aber faire Linie des Nationalrats durchsetzt: Die für die Gesuchstellung nötige Aufenthaltsdauer muss mindestens zehn Jahre betragen und der Aufenthalt zwischen dem 10. und 20. Lebensjahr darf nicht mehr doppelt angerechnet werden. Nur mit einem Gesetz, welches den Ansprüchen der Bevölkerung Rechnung trägt, ist ein absehbares Referendum zu gewinnen.
- › Die FDP-Liberale Fraktion setzte sich im Parlament mehrfach für eine liberale Wirtschaftsordnung ein. Im Bereich Arbeitsmarkt haben wir uns dezidiert und einstimmig gegen die schädlichen Volksinitiativen 1:12 und Mindestlohninitiative ausgesprochen. Im Bereich Aktienrecht hat die FDP-Liberale Fraktion massgeblich mitgeholfen, einen indirekten Gegenvorschlag zu Minder-Initiative auszuarbeiten, welcher das freiheitliche Aktienrecht wahrt und die Rechte der Aktionäre als Eigentümer wirkungsvoll stärkt. Das Volk hat sich dann für die Initiative von Herrn Minder ausgesprochen, ein Entscheid, welchen wir selbstverständlich respektieren.
- › Mit ihrem dezidierten Einsatz für einen MWST-Einheitssatz wollte die FDP die Bürokratiekosten für die Wirtschaft im jährlich zweistelligen Milliardenbereich senken und Europas einfachste und tiefste MWST einführen. Dieses wichtige Reformprojekt scheiterte am Widerstand der anderen Parteien. Wir werden dafür sorgen, dass dieser Reformvorschlag zu einem geeigneten Zeitpunkt wieder auf die politische Agenda kommt.

¹ [Aktionsplan für eine pragmatische Einwanderungspolitik - verabschiedet durch die Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen vom 4. Mai 2013](#)

² [Asylchaos stoppen! FDP-Massnahmenpaket 2011](#)

- › Bei der Teilrevision des Kollektivanlagegesetzes (KAG) hat die FDP-Liberale Fraktion wesentliche Verbesserungen durchgesetzt und einen überschüssenden „Swiss Finish“ und allzu rigide Einschränkungen verhindert. Resultat ist eine ausgewogene Vorlage, welche dem Bedürfnis nach stärkerem Anlegerschutz ebenso Rechnung trägt wie der Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes und damit dem Erhalt von Arbeitsplätzen in der Schweiz.
- › Dank dem Druck der FDP wurden die Konditionen des Beschaffungsvertrags für das Kampfflugzeug Gripen wesentlich verbessert. Eingeführt wurden namentlich Konventionalstrafen und ein Rücktrittsrecht der Schweiz bei Nichterfüllung. Damit haben wir heute die gleich guten Vertragsbedingungen wie Schweden. Die FDP steht zu einer starken Armee, dafür braucht es den Flugzeug-Teilersatz. Ein fast sicher zustande kommendes Referendum gewinnen wir jedoch nur mit einem für die Schweiz guten und sicheren Beschaffungsvertrag.
- › Die FDP hat tatkräftig mitgeholfen, die Schweizer Agrarpolitik auf eine neue Basis zu stellen. Mit der AP 14-17 wurden die Direktzahlungen für Landwirte wirksamer und effizienter, schädliche Anreize zur Überproduktion und Umweltbelastung wurden beseitigt. Versuche, das Rad mittels allfälligen Volksinitiativen zurückzudrehen, wird die FDP bekämpfen.

3. Herausforderungen in der zweiten Legislaturhälfte

Der liberale Erfolgsweg ist an mehreren Fronten bedroht. Das Vertrauen in Marktwirtschaft und liberale Politik und das Bekenntnis für eine offene Schweiz steht heute namentlich wegen mehreren anstehenden Abstimmungen auf dem Spiel. Wir werden uns auch in den nächsten beiden Jahren für das Erfolgsmodell Schweiz einsetzen, liberal, bürgerlich, konstruktiv und reformorientiert. Wir lassen nicht zu, dass der liberale Erfolgsweg endet – **aus Liebe zur Schweiz.**

Die wichtigsten Herausforderungen:

- › **Personenfreizügigkeit:** Die mit der PFZ verbundene Zuwanderung fordert unser Land. Initiativen wie die Zuwanderungsinitiative oder Ecopop instrumentalisieren diesbezügliche Ängste. Zudem steht nächstes Jahr eine Abstimmung über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien an. Wohnungsnot, überlastete Infrastrukturen, die Angst vor Lohndumping verlangen Lösungen. Die FDP hat ihre Vorschläge kürzlich dargelegt:³ Wir stehen zu den bilateralen Verträgen, sie sind für den zukünftigen Erhalt des schweizerischen Wohlstands von zentraler Bedeutung. Statt weitere flankierende Massnahmen braucht es eine deutlich restriktivere Umsetzung der PFZ in der Schweiz. Die FDP hat dazu bereits 2009 das erste Mal und seither immer wieder Verbesserungsvorschläge präsentiert.⁴ Getreu dem ursprünglichen Gedanken des Abkommens muss gelten, dass nur einwandern darf, wer eine Arbeitsstelle hat. Die Einwanderung in unsere Sozialwerke ist zu verhindern. Die Politik der offenen Grenzen für alle lehnen wir ebenso entschlossen ab wie eine

³ [Flexibler Arbeitsmarkt - Liberales Erfolgsmodell erhalten und verbessern](#)
[Nachhaltiger Wohnungsmarkt - Liberale Rezepte statt staatliche Planwirtschaft](#)
[Forderungen für eine harte, aber faire Einwanderungspolitik - FDP.Die Liberalen wiederholen ihre zentralen Punkte](#)

⁴ [Aktionsplan für eine pragmatische Einwanderungspolitik - verabschiedet durch die Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen am 4. Mai 2013](#)

ängstliche Abschottung. Das Wachstum trägt zu unser aller Wohlstand bei, löst aber auch Unbehagen aus. Staus auf den Strassen und überfüllte Züge häufen sich, der Siedlungsdruck nimmt zu. Herausgefordert ist die 8-Millionen Schweiz deshalb auch in Sachen Infrastrukturen. Diese müssen in ihrem Wert erhalten, aber auch in Abstimmung mit der Raumplanung weiter entwickelt werden. Dabei ist die Finanzierung langfristig zu regeln. Die FDP fordert bei der Infrastrukturplanung eine Gesamtschau unter Einbezug von Strasse, Schiene, Luftverkehr und Schifffahrt.⁵ Die FDP will Einwanderung geschickt steuern, sodass von ihren Früchten - mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätzen - alle profitieren.

- › **Asylchaos beheben und Drittstaatenmigration besser steuern:** Für eine bessere Steuerung der Zuwanderung braucht es zudem eine harte aber faire Migrationspolitik bei Drittstaaten und Asylsuchenden. In der Asylpolitik geht es um die Vereinfachung und Verkürzung der heute unerträglich lange dauernden Verfahren. Hier braucht es keine langwierigen Gesetzesänderungen und endlose Diskussionen im Parlament sondern die konsequente Anwendung des heute bestehenden Rechts. Zudem ist der Familiennachzug aus Drittstaaten einzuschränken. Die Integrationsfähigkeit, das Abschliessen und Einhalten von Integrationsvereinbarungen sowie ein gesichertes Einkommen für die Familie sind für die FDP zwingende Voraussetzungen für den Familiennachzug. Die FDP-Fraktion wird weiter daran arbeiten, unsere bereits mehrfach präsentierten Verbesserungsmassnahmen im Parlament umzusetzen.⁶
- › **Weiterentwicklung der bilateralen Verträge mit der EU:** Die Bilateralen sollen in der nächsten Zeit auf ein neues Fundament gestellt werden. Aus Sicht der FDP ist der bilaterale Weg die beste Option für die Schweiz. Wir wollen weder den EU-Beitritt noch die Abschottung. Die FDP wird deshalb dazu Hand bieten, die bilateralen Verträge für die Zukunft fit zu machen. Die Schweiz steht nicht unter Verhandlungsdruck, doch mittelfristig drohen ohne Weiterentwicklung über die Lösung der institutionellen Fragen Wohlstandverluste. Für uns gelten aber folgende rote Linien, die wir auf keine Fall preis geben werden: Kein Automatismus bei der Rechtsübernahme – das Volk behält das letzte Wort, Bestandsschutz für die bestehenden flankierenden Massnahmen, keine Übernahme der Bürgerrechtsrichtlinie oder anderer von den Verträgen nicht abgedeckte Bereiche.⁷
- › **Unternehmenssteuerreform III (USTR III):** Attraktive Steuern für Unternehmen werden auch künftig zentral sein zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Schweiz. Die USTR ist deshalb das im Steuerbereich wichtigste Reformprojekt, soll es doch im international immer härteren Standortwettbewerb unsere Vorteile bewahren und Rechtssicherung herstellen. Die FDP fordert einerseits *attraktiv tiefe Steuersätze*, andererseits müssen die kritisierten kantonalen Regimes durch *neue konkurrenzfähige Besteuerungsmodelle* für mobile Erträge international tätiger Unternehmen ersetzt werden. Anderswo in Europa eingesetzte Massnahmen wie Lizenzboxen sollen auch in der Schweiz angewendet werden können. In diesem Zusammenhang wichtig ist zudem mehr Flexibilität auf Stufe Verwaltungspraxis. Damit reduzieren EU-Staaten die Besteuerung mobiler Erträge ebenfalls zum Teil massiv. Auf die Bemühungen in der EU und der OECD zur Harmonisierung der

⁵ [Mobilität so gut wie eine Schweizer Uhr - verabschiedet durch die Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen am 2. Februar 2013](#)

⁶ [Massnahmenkatalog der FDP im Asylbereich](#)

⁷ [Bilateralen Weg sichern und weiterentwickeln - Rote Linien und Forderungen der FDP](#)

Besteuerung mobiler Erträge muss die Schweiz flexibler reagieren - dabei sollen sich Unternehmen darauf verlassen können, dass unser Land auch künftig ein sehr wettbewerbsfähiges Steuerumfeld bieten wird. Zusätzlich zu diesen Reformen braucht es den *Abbau von Steuerlasten* für den Standort Schweiz generell, beispielsweise die Abschaffung des Eigenkapitalstempels. Parallel zu diesen Reformen ist ein selbstbewusstes und kluges Auftreten der Schweiz in internationalen Gremien nötig. Die Kritik an der Schweiz ist Ausdruck des verschärften Steuerwettbewerbs – namentlich vor dem Hintergrund der leeren Kassen vieler EU-Staaten. Mit der Orientierung an Massnahmen unserer europäischen Konkurrenzstandorte reduziert sich die internationale Angreifbarkeit des Schweizerischen Steuersystems. Eine Übernahme des EU-Kodexes über die Unternehmensbesteuerung lehnt die FDP ab. Gleichzeitig muss der Bundesrat die Doppelmoral von EU-Mitgliedsstaaten härter anprangern. So unterstützen andere Staaten Unternehmen mit eigentlich verbotene Beihilfen in Milliardenhöhe. Die Reform wird zu Steuerausfällen führen. Diese können dank Boxen- und weiteren gezielten Ersatzlösungen tief gehalten werden. Zusammenraufen müssen sich Bund und Kantone – zu wichtig ist die Reform, als dass sie wegen Einzelinteressen scheitern kann. Eine Kompensation allfälliger Steuerausfälle über eine Erhöhung anderer Bundessteuern wird die FDP bekämpfen; bereits durch eine vorausschauende Beschränkung des Ausgabenwachstums bei Bund und Kantonen sowie langen Übergangsfristen für die Einführung der Steuerreform können die zu erwartenden Ausfälle ohne schmerzliche Einschnitte aufgefangen werden.

- › **Reform der Altersvorsorge:** Mit der Reform der Altersvorsorge 2020 kommt eine massive Gesetzesrevision auf das Parlament zu. Der Bundesrat setzt alles auf eine Karte. Scheitert die Reform, häufen sich schnell Milliarden Schulden, welche über neue Steuern zurückbezahlt werden müssen. Die FDP setzt sich seit langem für ein Sicherheitsnetz für die Reform ein. Zwei vorgezogene Reformen sollen die Reform absichern: Eine an die Logik der AHV angepasste Schuldenbremse und die Angleichung des Rentenalters für Männer und Frauen. Je schneller diese beiden Massnahmen eingeführt werden, desto eher kann ein Scheitern der Reform abgefedert werden. Die Vernehmlassung zur Altersvorsorge 2020 läuft bis Ende März. Der Bundesrat will mit einer massiven Erhöhung obligatorischer Abgaben die Sozialwerke retten. Dieser Weg ist nicht nachhaltig, denn er belastet die Wirtschaft und bedroht Arbeitsplätze und die Finanzierung der Sozialwerke. Des Weiteren will der Bundesrat die Sozialpartner im BVG entmachten, indem zentralistische Kompensationsmassnahmen auf Bundesebene beschlossen werden. Die FDP-Liberale Fraktion setzt sich dafür ein, dass Kompensationsmassnahmen im BVG den Sozialpartner überlassen werden.
- › **Energiestrategie 2050:** Nachdem das Parlament kurz vor den Wahlen 2011 den Atomausstieg beschlossen hat, geht es in dieser Legislatur um die Umsetzung dieses Ziels. Mit der Überweisung der Botschaft zur Energiestrategie 2050 an das Parlament haben die Beratungen zu der künftigen Energiepolitik begonnen. Die FDP-Fraktion wird sich konstruktiv dafür einsetzen, dass die Energieversorgungssicherheit in der Schweiz auch in Zukunft und in einem liberalen Umfeld gewährleistet ist. Keine Subventionen, weniger Bürokratie und eine vollständige Liberalisierung des Strommarkts bis 2015. Wir wollen eine sichere und effiziente Energieversorgung, die marktnah gestaltet ist. Dafür hat sich die FDP-Liberale Fraktion bereits vor Beginn der aktuellen Legislatur mit verschiedenen Vorstössen eingesetzt.⁸ Ein Hauptaugenmerk gilt der Eindämmung der Subventionen. Insbeson-

⁸ [13.3772](#), [13.3018](#), [12.4173](#), [12.3735](#), [12.3734](#), [12.3069](#), [11.3512](#), [11.3501](#), [11.3500](#), [11.3497](#), [11.3488](#), [11.3404](#), [11.3403](#).

dere die kostendeckende Einspeisevergütung KEV soll nicht immer weiter ausgebaut werden. Verkleidet als süsses Bonbon wandeln sich Subventionen rasch in eine bittere Pille um. Dies aufzuzeigen und neue Subventionen und Abgaben zu verhindern wird eine der grossen Herausforderung für die FDP in der Energiepolitik. Mit der Energiestrategie werden für Wirtschaft sowie Konsumentinnen und Konsumenten wichtige Weichen gestellt. Das Volk muss deshalb mitentscheiden können. Die FDP fordert vom Bundesrat, dass er bereits heute über die bis 2020, 2035 und 2050 geplanten Massnahmen informiert und dass das Volk über dieses Gesamtpaket der Energiestrategie 2050 inklusive ökologische Steuerreform abstimmen kann.

- › **Innere Sicherheit und Schutz der individuellen Freiheit:** Die technologischen Möglichkeiten im Bereich der Telekommunikation schaffen ein Spannungsfeld zwischen der Gewährleistung der inneren Sicherheit und dem Schutz der individuellen Freiheit und der Privatsphäre. Mit dem Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) und dem Nachrichtendienstgesetz kommen zu dieser Frage in der zweiten Legislaturhälfte wichtige Vorlagen ins Parlament. Die FDP-Liberale Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass die zuständigen Behörden geeignete Instrumente zur Erfüllung ihres Auftrags erhalten. Diese müssen aber verhältnismässig sein. Der Privatsphärenschutz ist ein hohes Gut. Ein Generalverdacht gegen alle Bürger und das Sammeln von Informationen auf Vorrat wird die FDP bekämpfen.

Im Hinblick auf die nächsten Wahlen kämpfen wir dafür, die Schweizer Bürgerinnen und Bürger von neuem von der liberalen Kraft zu überzeugen. Wir sind die politische Heimat für all jene, die nach Freiheit streben und dafür Verantwortung für sich, die Gemeinschaft und die Umwelt übernehmen. Wir sind die freisinnige Volkspartei. Wir bleiben das liberale Original – **aus Liebe zur Schweiz.**

Anhang

I. Erfolge und Misserfolge im Parlament

Wichtige Erfolge

Teilrevision Asylgesetz – Im Asylbereich hat die FDP erfolgreich seit langem geforderte zielgerichtete Verbesserungen für eine harte, aber faire Asylpolitik einbringen können. Unser Ziel ist die konsequente Bekämpfung von Missbräuchen und das Ausmerzen von Fehlanreizen, bei gleichzeitiger Bewahrung der humanitären Tradition der Schweiz. Das Asylchaos mit jahrelang dauernden Verfahren auch für Fälle ohne Aussichten auf Erfolg muss ein Ende haben.

Bürgerrechtsgesetz – Bei der Revision des Bürgerrechtsgesetzes hat sich die FDP-Fraktion im Nationalrat mit ihrer Linie für ein hartes aber faires Einbürgerungsgesetz durchgesetzt. Die Mehrheit im Ständerat will die Kriterien für die Einbürgerung aufweichen. Die FDP wird sich in der Differenzenbereinigung für die Linie des Nationalrats einsetzen: Die für die Gesuchstellung nötige Aufenthaltsdauer muss mindestens zehn Jahre betragen und der Aufenthalt zwischen dem 10. und 20. Lebensjahr darf nicht mehr doppelt angerechnet werden. Nur mit einem Gesetz, welches den Ansprüchen der Bevölkerung Rechnung trägt, ist ein absehbares Referendum zu gewinnen.

Agrarpolitik – Gegen harten Widerstand der SVP und Teilen der CVP hat die FDP der Agrarpolitik ihres Bundesrates zum Durchbruch verholfen. Direktzahlungen für die Bauern werden damit wirksamer und effizienter, schädliche Anreize zur Überproduktion und Umweltbelastung beseitigt.

Einheitskasse und Gegenvorschlag – Durch den von der FDP koordinierten Einsatz der bürgerlichen Parteien gegen die Einheitskasse wurde die Veröffentlichung der Botschaft beschleunigt und der unnötige indirekte Gegenvorschlag auf eine einfache Gesetzesrevision abgestuft. So kann die schädliche Einheitskasseninitiative rasch und ohne ablenkenden und inhaltlich untauglichen Gegenvorschlag zur Abstimmung kommen.

Wettbewerbsfähiger Finanzmarkt – Bei der Teilrevision des Kollektivanlagegesetzes (KAG) hat die FDP wesentliche Verbesserungen durchgesetzt und einen überschüssenden „Swiss Finish“ und allzu rigide Einschränkungen verhindert. Resultat ist eine ausgewogene Vorlage, welche dem Bedürfnis nach stärkerem Anlegerschutz ebenso Rechnung trägt wie der Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes und damit dem Erhalt von Arbeitsplätzen in der Schweiz.

Gripenbeschaffung – Dank dem Druck der FDP wurden die Konditionen des Beschaffungsvertrags für das Kampfflugzeug Gripen wesentlich verbessert. Eingeführt wurden namentlich Konventionalstrafen und ein Rücktrittsrecht der Schweiz bei Nichterfüllung. Damit haben wir heute die gleich guten Vertragsbedingungen wie Schweden. Die FDP steht zu einer starken Armee, dafür braucht es den Flugzeug-Teilersatz. Ein fast sicher zustande kommendes Referendum gewinnen wir nur mit einem für die Schweiz guten und sicheren Beschaffungsvertrag.

Innovationspark – In der Totalrevision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz hat das Parlament der Unterstützung eines schweizerischen Innovationsparks zugestimmt. Dieser Innovationspark ist ein wichtiges Element, um unser Land zusammen mit Topuniversitäten, guten Forschern, wenig Bürokratie und tiefen Steuern an der Weltspitze der Innovation zu halten. Mit diesem Mix sichern und schaffen wir Arbeitsplätze und Wohlstand. Der Innovationspark ist eine 2003 von Nationalrat Ruedi Noser lancierte Forderung, die nun endlich einen weiteren Schritt hin zur Realisierung geschafft hat. Vorgesehen ist, dass der Park Standorte in Lausanne und Zürich hat.

Misserfolge

Revision Invalidenversicherung – In der Sommersession 2013 wurde die IV-Revision 6b, trotz 15 Milliarden Schulden, abgeschrieben. SP, Grüne und SVP verliehen der Reform den Todesstoss. Dies, obwohl die Revision dafür sorgen sollte, dass die Schulden der IV bei der AHV abgebaut werden können. Zurzeit belasten den AHV-Fonds 15 Milliarden Schulden, welche über Jahre bei der IV aufgebaut wurden. Die Sanierungsvorlage sah ursprünglich jährliche Einsparungen von 800 Millionen vor. Die Ratslinke und die Mitteparteien haben an den Einsparungen geschraubt, bis die Umsetzungskosten der Reform die verbleibenden Einsparungen fast wettmachten. Der Bundesrat stimmte sogar der Teilung der Vorlage zu und bodigte damit den grössten Teil der Einsparungen. Die Behindertenverbände haben ebenfalls eine unverständliche Rolle gespielt: Ihrer „Alles oder nichts“-Parole ist es zu verdanken, dass die IV einen Schuldenberg vor sich hinschiebt. Die wahren Verlierer dieses Trauerspiels sind die Betroffenen.

Managed Care – Mit der Ablehnung der Managed Care Vorlage im Juni 2012 steht die Gesundheitspolitik vor einem Scherbenhaufen, fatale Fehlanreize für Ärzte und Patienten bleiben bestehen und das Kostenwachstum wird unvermindert weitergehen. Die Gegner der komplexen Managed Care-Vorlage haben in erster Linie Eigeninteressen verfolgt statt Verantwortung für unser Gesundheitssystem zu übernehmen. Mit Fehlinformationen haben sie viele Ängste geschürt und die Stimmbevölkerung verunsichert. Der Kompromiss wurde bis kurz vor der Abstimmung von einer einmaligen Koalition von links bis rechts getragen. Dank dem Schwenker von SVP und BDP wurde die Vorlage versenkt – nun droht die Einheitskasse und die Linken danken für die Schützenhilfe. Eine unmittelbare Folge der Ablehnung ist die erneute Wiedereinführung des wettbewerbsverzerrenden Zulassungstopps. Die FDP wird aber weiter vehement gegen die Verstaatlichung im Gesundheitswesen kämpfen.

MWST-Einheitssatz – Mit ihrem dezidierten Einsatz für einen MWST-Einheitssatz wollte die FDP die Bürokratiekosten für die Wirtschaft im jährlich zweistelligen Milliardenbereich senken und Europas einfachste und tiefste MWST einführen. Leider scheiterte dieses wichtige Reformprojekt am Widerstand der anderen Parteien. Wir werden dafür sorgen, dass dieser Reformvorschlag zu einem geeigneten Zeitpunkt wieder auf die politische Agenda kommt.

II. Von der FDP-Fraktion eingereichte Vorstösse

Wie stets hat die FDP-Liberale Fraktion ihre Politik auch in der ersten Hälfte der laufenden Legislatur mit zahlreichen im Parlament eingereichten Vorstössen verfolgt. Damit bringt die FDP die Positionsentseide der Delegiertenversammlung, ihres höchsten Organs, in das Parlament ein. Für sämtliche Beschlüsse der Delegiertenversammlungen und für sämtliche Positionspapiere erarbeitet die Fraktion einen Umsetzungsplan und es werden entsprechende Vorstösse oder Anträge in einem laufenden Gesetzgebungsprozess eingereicht.

Mit ihren Vorstössen ist die FDP sehr erfolgreich: Von 28 von der Fraktion eingereichten Vorstössen oder Parlamentarischen Initiativen sind bereits 9 überwiesen oder auf gutem Weg dazu⁹. Das sind fast 30%.

Beispiele für wichtige Vorstösse der letzten zwei Jahre:

- › **12.446 Pa.Iv. Fraktion RL. Wirksamer Risikoausgleich schnell einführen:** Dank eines verfeinerten Risikoausgleiches soll die Jagd nach guten Risiken zwischen den Krankenkassen verhindert werden. So erhalten gerade chronisch Kranke eine optimale Behandlung.
- › **12.3553 Mo. Fraktion RL. AHV-Schuldenbremse rasch einführen:** Der Nationalrat hat mit der Überweisung dieser Motion klar kommuniziert, dass er ein Sicherheitsnetz für die gefährliche grosse Reform des Bundesrates will. Die AHV-Schuldenbremse ist ein solches Sicherheitsnetz, welches eine erneutes abstürzen der Reform abfedern kann.
- › **12.4077 Mo. Fraktion RL. Definition der Untersuchungshaft. Aufhebung der Voraussetzung eines effektiv erfolgten Rückfalls:** Bundesrat und Parlament haben diese wichtige Motion überwiesen. Damit soll möglich werden, dass bei gefährlichen Personen rascher eine Untersuchungs- und Sicherheitshaft angeordnet werden kann.

⁹ Erfolgreich bedeutet: Pa.Iv in beiden Räten Folge gegeben oder Motionen/Postulate in einem Rat oder in beiden Räten überwiesen oder vom Bundesrat zur Annahme beantragt.

Eingereichte Vorstösse 2011

Motionen, Interpellationen, Postulate, Anfragen, eingereichte Initiativen

Wintersession

keine

Eingereichte Vorstösse 2012

Motionen, Interpellationen, Postulate, Anfragen, eingereichte Initiativen

Frühlingsession

12.3041	D. Ip. Fraktion RL. Keine schleichende Ausdehnung von Gesamtarbeitsverträgen auf andere Branchen
12.3052	Mo. Fraktion RL. Wohlstandsflüchtlinge direkt ins Heimatland wegweisen. Selbsteintrittsrecht nach Dublin II anrufen
12.3185	Mo. Fraktion RL. Interdepartemente Herangehensweise für die nächste Legislaturplanung
12.3168	Mo. Fraktion RL. Organisatorische und finanzielle Gleichstellung KTI und SNF
12.3231	Po. Fraktion RL. Frühwarnsystem für die Erkennung von sich anbahnenden Wirtschaftskrisen einreichen
12.3233	Mo. Fraktion RL. eHealth-Forschungsprogramm
12.3069	Mo. Fraktion RL. Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission und ihre Aufgabe als Gutachterin

Sondersession Mai

12.3374	Mo. Fraktion RL. Wählerwillen ernst nehmen. Überparteiliche Listenverbindungen abschaffen
---------	---

Sommersession

12.446	Pa.Iv. Fraktion RL. Wirksamer Risikoausgleich schnell einführen
12.3553	Mo. Fraktion RL. AHV-Schuldenbremse rasch einführen

Herbstsession

12.3677	Po. Fraktion RL. Kein Blindflug bei den Ergänzungsleistungen zu AHV/IV
12.3688	D.Ip. RL. Wo steht der Schweizer Finanzplatz in 10 Jahren?
12.3734	Mo. Fraktion RL. Vernünftige Vergabepaxis bei der KEV einführen

12.3735	Ip. Fraktion RL. Umgehend eine Analyse zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Atomausstieges
12.3813	Mo. Fraktion RL. Keine Verzugszinsen mit Strafcharakter bei der Verrechnungssteuer
12.3814	Mo. Fraktion RL. Stopp der Steuerstrafe in der Säule 3b. Bei Kapitalbezug Ertragsanteil statt Kapitaleinlage besteuern

Wintersession

12.4001	D.Ip. Fraktion RL. Sichere Renten dank einer sicheren Reform der Altersvorsorge
12.4076	Po. Fraktion RL. Introduction d'un processus judiciaire adapté à la lutte contre la petite délinquance
12.4077	Mo. Fraktion RL. Définition de la détention provisoire. Abandon de l'exigence de la récidive effectivement réalisée
12.4135	Po. Fraktion RL. Was soll mit der MWST noch alles finanziert werden?
12.4170	Mo. Fraktion RL. Zweckentfremdung des Vorsorgekapitals verhindern statt Bezugsmöglichkeiten einschränken
12.4171	Mo. Fraktion RL. Bessere Betreuung und mehr Effizienz im KVG
12.4172	Po. Fraktion RL. Für eine freie Wirtschaftsordnung. Gegen Wettbewerbsverzerrung durch Staatsunternehmen
12.4173	Ip. Fraktion RL. Volkswirtschaftliche Kosten der Energiestrategie 2050. Irreführende Angaben des Bundesrats zum 1. Massnahmenpaket
12.4174	Po. Fraktion RL. Effizienter Vollzug der flankierenden Massnahmen statt Gesetzesflut
12.4172	Mo. Fraktion RL. Für Rechtssicherheit bei der Pflege zu Hause

Eingereichte Vorstösse 2013

Motionen, Interpellationen, Postulate, Anfragen, eingereichte Initiativen

Frühlingsession

13.3018	D.Ip. Fraktion RL. Energiestrategie 2050. Falsche Annahmen bei der Bewertung der volkswirtschaftlichen Auswirkung
13.404	Pa.Iv. Fraktion RL. Stop à la taxe injuste sur les supports vierges
13.3054	Po. Fraktion RL. Auswirkung eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU auf die Schweiz
13.3175	Po. Fraktion RL. Für einen funktionierenden Wettbewerb. Gegen wettbewerbsverzerrende staatliche Beihilfen

Sondersession (NR)

13.3297	Ip. Fraktion RL Stellenbesuch und Sozialtourismus
----------------	---

Sommersession

13.3462	Po. Fraktion RL. Sicherstellung der finanziellen Stabilität und Planbarkeit in der obligatorischen 2. Säule
13.3483	Po. Fraktion RL. Public Partnerships für Infrastrukturprojekte
13.3496	Po. Fraktion RL. Besserer Mobilfunk im Zug

Herbstsession

13.3694	Po. Fraktion RL. Klares Verhältnis zwischen Völkerrecht und Landesrecht.
13.3779	Ip. Fraktion RL Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte soll sich auf seine Hauptaufgaben konzentrieren

III. Positionspapiere der FDP.Die Liberalen

Weissgeldstrategie für einen sauberen und starken Finanzplatz – Massnahmenpapier der FDP.Die Liberalen zu den aktuellen Problemen (vorgestellt an Medienkonferenz am 10. Februar 2012)

„**Eine sichere Schweiz für alle**“ (vorgestellt an Medienkonferenz am 26. Oktober 2012)

Resolution zur Schuldenbremse: AHV-Sicherheitsnetz für die Grosse Reform (verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 27. Oktober 2012)

Energiestrategie – Das bestehende Potential besser nutzen (vorgestellt an Medienkonferenz am 15. November 2012)

Infrastruktur – Mobilität so gut wie eine Schweizer Uhr (verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 2. Februar 2013)

„**Aktionsplan für eine pragmatische Einwanderungspolitik**“ (verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 4. Mai 2013)

„**Bessere Vereinbarkeit von Völkerrecht und Landesrecht**“ (verabschiedet vom Vorstand am 17. Juni 2013)

„**Armeepolitik – Eine glaubwürdige, leistungsfähige, auf die Bedrohungen der Zukunft ausgerichtete Armee**“ (verabschiedet von der Delegiertenversammlung am 24. August 2013)

„**Innovationspolitik – Weltspitze dank Forschung und Entwicklung**“ (verabschiedet an der DV vom 12. Oktober 2013)

Ganzkörperschleier „Kein Totalverbot, aber klare Konsequenzen“ (verabschiedet vom Vorstand am 28. Oktober 2013).

Flexibler Arbeitsmarkt – Liberales Erfolgsmodell erhalten und verbessern (vorgestellt an Medienkonferenz am 1. November 2013)

Wohnungswesen – Nachhaltiger Wohnungsmarkt (vorgestellt an Medienkonferenz am 1. November 2013)

Bern, 11.12.2013